

Polizeiliche Kriminalstatistik - Deutlicher Anstieg der Fallzahlen

13.02.2014

Innensenator Michael Neumann, Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch und LKA-Leiter Thomas Menzel stellten heute der Öffentlichkeit die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2013 vor. Wenig erfreulich ist der deutliche Anstieg der Straftaten insgesamt um rd. 10.500 auf mehr als 238.000 registrierte Straftaten. Während in der Vergangenheit derartige Anstiege häufig mit wenigen Betrugsserien erklärt wurden, ist für das Jahr 2013 eher eine allgemeine Steigerung durch zahlreiche Deliktsbereiche zu verzeichnen.

Was viele Kriminalistinnen und Kriminalisten jedoch wissen: Die Aussagekraft der PKS über die tatsächliche Arbeitsbelastung der Kriminalpolizei ist stark begrenzt. Nicht nur, dass diese Statistik den einfachen Ladendiebstahl genauso mit einem Delikt zählt, wie den Mord oder ein umfangreiches Wirtschaftsstrafverfahren, so werden insbesondere viele Betrugsdelikte mit einer Vielzahl von Geschädigten ebenfalls nur als eine Straftat erfasst.

Wesentlich bedrohlicher für die Darstellung der tatsächlichen Kriminalitätssituation sind jedoch der Umgang mit den sog. Cybercrime-Delikten und deren statistische Erfassung. Bei einer Mehrheit der heutigen Delikte hat das Internet eine zunehmende Bedeutung. Aber anstatt dieser Entwicklung auch in der PKS Rechnung zu tragen, geht die Politik den entgegengesetzten Weg. Mit fadenscheinigen Begründungen soll zukünftig die Mehrheit dieser Delikte gar nicht mehr erfasst werden.

Hier besteht die klare Forderung an die Politik: Die Ehrlichkeit der PKS muss erhöht werden, um die tatsächliche Kriminalitätssituation nicht weiter zu beschönigen!

Unerfreulich bleibt auch die Aufklärungsquote in Hamburg, die leider nur marginal von 43,1% auf 43,7% gesteigert werden konnte. Damit belegt Hamburg im Vergleich der Bundesländer sicherlich auch für das Jahr 2013 einen der hinteren Plätze.

Diese Erkenntnis macht wiederholt deutlich, dass die Umsetzung des neuen Landeskriminalamtes jetzt mit Nachdruck erfolgen muss. Die nicht mehr nachvollziehbaren Verzögerungen sind nicht nur für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unerträglich, sondern könnten sich auch negativ auf die Entwicklung der Kriminalitätsbekämpfung auswirken.